

19.05.2024

Niederschrift 005/2023

Kreistag

am 12.12.2023 | Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 UnnaAula |

Beginn 15:00 Uhr

Ende 18:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Hartmut Ganzke

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihs

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Peter Schubert

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Frau Annette Maria Thomae

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilfried Feldmann

Herr Hubert Hüppe

Herr Wilhelm Jasperneite

Anwesend bis 18:00 Uhr | TOP 20

Herr Jan-Eike Kersting
Herr Herbert Krusel
Herr Olaf Lauschner
Frau Susanne Melchert
Herr Gerhard Meyer
Herr Martin Niessner
Frau Martina Plath
Herr Marco Morten Pufke
Herr Dr. Tilman Rademacher
Frau Ursula Schmidt
Herr Carl Schulz-Gahmen
Frau Vera Volkmann
Herr Michael Zolda

Anwesend bis 17.10 | TOP 11.1

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert
Herr Herbert Goldmann
Frau Sandra Heinrichsen
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Thomas Möller
Frau Patricia Esther Morgenthal
Frau Kirsten Reschke
Herr Reinhard Streibel

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann
Frau Claudia Lange
Herr Andreas Wette

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel
Herr Dr. Hubert Seier
Frau Katja Wohlgemuth

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Herr Andreas Dahlke
Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Anwesend bis 18:05 Uhr | TOP 21.1

Kreistagsmitglieder Gruppe N.N.

Herr Dr. Gerrit Heil

Anwesend bis 17.10 Uhr | TOP 11.1

Kreistagsmitglieder FW / FAMILIE

Herr Thomas Cieszynski

Einzelmitglieder

Frau Marion Küpper

Verwaltung

Herr Mike-Sebastian Janke | Kreisdirektor | Dez. I
Herr Adrian Kersting | Dez. II
Herr Torsten Göpfert | Dez. III
Herr Holger Gutzeit | Dez. IV
Frau Dr. Katrin Linthorst | Dez. V
Herr Ferdinand Adam, Leiter Steuerungsdienst

Herr Ralf Oxe, Leiter Zentrale Dienste
Herr Alexander Heine, Büroleiter des Landrates
Frau Silke Schmücker, Leiterin Büro LK, Schriftführerin
Frau Dajana Wiggeshoff, Büro LK

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Norbert Enters
Frau Simone Symma
Herr Martin Wiggermann
Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag

Frau Stephanie Schmidt
Frau Anke Schneider

Kreistagsmitglieder GFL + WfU

Frau Margarethe Strathoff

Kreistagsmitglieder Gruppe N.N.

Frau Daniela Heil

Kreistagsmitglieder FW / FAMILIE

Herr Ralf Piekenbrock

Einzelmitglieder

Herr Timon Lütchen

Herr Landrat Löhr begrüßt die Anwesenden und die Zuschauer*innen im Livestream.

Der Vorsitzende des Personalrates, Herr Brüggemann, trägt sodann zur Stellungnahme des Personalrates zum Haushalt 2024 vor. Die Kreisverwaltung habe in den letzten Jahren durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben ein enormes personelles Wachstum erfahren. Die zentralen Einheiten der Kreisverwaltung seien nicht in angemessenem Maße mitgewachsen. Deshalb schlage der Personalrat vor, im Fachdienst 11 eine zusätzliche Stelle für Personalgewinnung und Ausbildungsleitung einzurichten, da es unter erschwerten Rahmenbedingungen immer schwerer sei, Fachkräfte zu gewinnen. Die Einwendungen des Personalrates zum Stellenplan sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Brüggemann nimmt zudem Stellung zu den Rahmenbedingungen der Arbeit in der öffentlichen Verwaltung. Hinsichtlich der Arbeitszeitbelastung gebe es in der Kommunalverwaltung eine Ungleichverteilung. Die Arbeitnehmer*innen arbeiteten bei Vollzeitbeschäftigung 39 Stunden/Woche, bei den Beamt*innen seien dies 41. Herr Brüggemann geht auf die Hintergründe ein und unterstreicht, dass die Anhebung der Wochenarbeitszeit der Beamt*innen ursprünglich hätte befristet sein sollen. Daher setze sich der Personalrat nunmehr für die Rücknahme der Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamt*innen ein. Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst müssten verbessert werden, um attraktive Arbeitsplätze mit gesundheits- und familienfreundlichen Arbeitszeiten zu schaffen. Sonst werde man bei allen Bemühungen nicht das dringend notwendige Personal gewinnen können.

Als Personalrat und als Mitglied der Gewerkschaft Ver.di appelliere er an die Kreistagsmitglieder, die Aktion „Die 4 muss weg“ zu unterstützen. Die Gewerkschaft Ver.di habe eine Eingabe an den Landtag mit einer Unterschriftensammlung vorbereitet. Er bitte um Unterstützung der Unterschriftenaktion.

Er dankt den Kreistagsmitgliedern im Namen des Personalrates für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die Vertreter*innen der Gewerkschaft Ver.di übergeben nach einer weiteren kurzen Stellungnahme die Unterschriftensammlung an Hartmut Ganzke, MdL, mit der Bitte, diese nach Düsseldorf weiterzuleiten.

Herr Landrat Löhr eröffnet sodann die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.11.2023 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Bestellung einer Schriftführerin
Punkt 2		Fragestunde für Einwohner*innen
Punkt 3	206/23/2	3. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und der sonstigen Gremien des Kreistages
Punkt 4	275/23/2	Mitgliedschaft des Kreises Unna in der Wasserstoff-Initiative Hy.Region.Rhein.Ruhr e.V.
Punkt 5	237/23	Beendigung der Mitgliedschaft aufgrund der Auflösung des „Fördervereins für das zdi-Netzwerk Perspektive Technik“
Punkt 6	226/23	Maßnahmenplanung Inklusion
Punkt 6.1	292/23	Ergänzungsantrag zur Drucksache 226/23: Maßnahmenplanung Inklusion; Antrag der CDU-Fraktion vom 07.12.2023
Punkt 7	259/23	Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2023; Beschluss über überplanmäßige Ausgaben im Budget 50
Punkt 8	223/23/1	Projektförderung VIRTEUM gGmbH
Punkt 9	242/23	Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; hier: Erste Änderung des Kinder- und Jugendförderplans 2021-2025
Punkt 9.1		Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; hier: erste Änderung der Kinder- und Jugendförderplans 2021 - 2025; Beschluss Nr. 1
Punkt 9.2		Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; hier: erste Änderung der Kinder- und Jugendförderplans 2021 - 2025; Beschluss Nr. 2
Punkt 10	263/23	Umweltzentrum Westfalen GmbH - Neufassung der Nebenabrede für das Jahr 2024
Punkt 11		Haushalt 2024 - Verabschiedung

Punkt 11.1		Haushaltsreden
Punkt 11.2	210/23/1	Stellenplan für das Jahr 2024
Punkt 11.2.1	277/23	Fortführung der Schulsozialarbeit und Fördergruppen an den Berufskollegs; Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU
Punkt 11.2.2	286/23	Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und FDP vom 06.12.2023
Punkt 11.3	209/23/1	Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden
Punkt 11.3.1	288/23	Kreisrundfahrten; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag vom 06.12.2023
Punkt 11.3.2	287/23	Projektfinanzierung "VIRTEUM"; Antrag der FDP-Fraktion vom 04.12.2023
Punkt 11.3.3	281/23	Einmalige Zuwendung an den Förderverein Freibad Dellwig e.V. anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Freibades Dellwig; Antrag der CDU-Fraktion vom 01.12.2023
Punkt 11.3.4	293/23	Unterstützung der Jugendfeuerwehr im Kreis Unna; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2023
Punkt 11.3.5	279/23	Finanzielle Unterstützung der Förderschulen des Kreises Unna; Antrag der Fraktion Die Linke - UWG-Selm vom 30.11.2023
Punkt 11.3.6	276/23	Mittelübertragung für die öffentliche Kinder- und Jugendarbeit der Ev. Kirchengemeinde Bönen; Antrag des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Kreises Unna vom 08.11.2023
Punkt 11.3.6.1	291/23	Änderungsantrag zur Drucksache 276/23; Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Kreistag vom 06.12.2023
Punkt 11.3.7	284/23	Erstellung einer Vorschlagsliste mit weiteren Haushalts-Einsparvorschlägen; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 05.12.2023
Punkt 11.3.8	290/23	Entlastung der Kommunen bei der Kreisumlage und Abfinanzierung der isolierten Coronakosten; Antrag der Fraktion Die Linke - UWG-Selm vom 06.12.2023
Punkt 11.3.9	285/23	Unterfinanzierung durch Land und Bund, neue NRW-Bilanzierungsregeln und Finanzbeben im Bund; Anfragen der Fraktion GFL+WfU vom 05.12.2023
Punkt 12	264/23	Überörtliche Prüfung des Kreises Unna im Jahr 2022/2023 durch die gpa NRW

Punkt 13	241/23	Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2022
Punkt 14	213/23	Bedarfsplan für den Rettungsdienst; Beschluss der 5. Fortschreibung
Punkt 15	274/23	Erlass einer Satzung des Kreises Unna über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes und der Kreisleitstelle
Punkt 16	235/23	Errichtung des zweijährigen Bildungsganges „Staatlich geprüfte Sozialassistentin / Staatlich geprüfter Sozialassistent, Schwerpunkt Erziehung, Bildung und Betreuung für Grundschulkinder“ am Märkischen Berufskolleg in Unna und am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2024 / 2025
Punkt 17	265/23	Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2023
Punkt 18	260/23/1	Richtlinien des Kreises Unna zu der Anerkennung angemessener Bedarfe für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II, §§ 35, 35a SGB XII; Festsetzung neuer Angemessenheitsrichtwerte
Punkt 19	205/23	Anpassung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und Änderung der Anlage 1 (Elternbeitragstabelle) zur Satzung
Punkt 20	200/23/1	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Städten Schwerte und Unna über die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle
Punkt 21	278/23	Standards beim Klimaschutz prüfen; Tagesordnungspunktverlangen der Fraktionen CDU und FDP vom 28.11.2023
Punkt 21.1	283/23	Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.11.2023
Punkt 22	238/23	Erhöhung der Investitionssumme für die energetische Sanierung und den Anbau der Karl-Brauckmann-Schule in Holzwickede
Punkt 22.1	280/23	Änderungsantrag zu der Drucksache 238/23 der Fraktionen CDU und FDP im Kreistag vom 01.12.2023
Punkt 23	239/23	Umsetzung notwendiger baulicher Maßnahmen an der Sonnenschule in Kamen
Punkt 24	228/23	Regionales Aktionsprogramm zur Verbesserung des interkommunalen ÖPNV in der Metropole Ruhr - Mobilitätsimpuls.RUHR 2023
Punkt 25	268/23	Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif
Punkt 26	166/23/1	Satzungsbeschluss zur Änderung des Landschaftsplans Nr. 2 - Raum Werne-Bergkamen
Punkt 27	236/23	Vierundzwanzigste Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2024

Punkt 28	261/23	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts
Punkt 29		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
Punkt 29.1		Dank an das Märkische Berufskolleg
Punkt 29.2		Benennung für die Jury Demokratiepreis

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 30	244/23	Sachstandsbericht Abfallsortieranlage Lünen
Punkt 31	246/23	Sachstandsbericht MVA Hamm, Projekte KEL und RGR-Erneuerung
Punkt 31.1	289/23	Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag vom 06.12.2023
Punkt 32		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
Punkt 32.1		Sachstand Grundstücksangelegenheit
Punkt 32.2		Qualität Livestream

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohner*innen

Fragen von Einwohner*innen ergeben sich nicht.

Punkt 3 206/23/2 3. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und der sonstigen Gremien des Kreistages

Erörterung

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag führt Frau Morgenthal aus, dass ihre Fraktion die Zuordnung des neuen Fachbereichs 35 – Zuwanderung und Integration – , einschließlich des Kommunalen Integrationszentrums, zum Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr für nicht richtig halte, da dieser Ausschuss beinahe ausschließlich für Fragen der Ordnungsverwaltung zuständig sei. Die überwiegend sozialen Fragen von Zuwanderung und Integration sollten im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Integration und Familie behandelt werden. Daher lehne ihre Fraktion die vorgeschlagene Änderung der Zuständigkeitsordnung ab.

Beschluss

Die als Anlage zur Drucksache 206/23/2 beigefügte Zuständigkeitsordnung für die Arbeit der Ausschüsse und sonstigen Gremien des Kreistages wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (48 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Die Linke – UWG Selm, GFL+WfU und der Gruppe FW/Familie,
9 Nein-Stimmen der Fraktion B90/Die Grünen im Kreistag und eines Einzelmitglieds,
ohne Mitwirkung des Landrates)

Punkt 4 275/23/2 Mitgliedschaft des Kreises Unna in der Wasserstoff-Initiative Hy.Region.Rhein.Ruhr e.V.

Beschluss

1. Der ordentlichen Mitgliedschaft des Kreises Unna in der Hy.Region.Rhein.Ruhr e.V. zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird zugestimmt.
2. Für die verbleibende Dauer der Wahlperiode werden

Herr Jochen Baudrexl, Leiter Wasserstoffkoordinierungsstelle, als Vertreter und
Herr Wilhelm Jasperneite, Kreistagsmitglied; als Stellvertreter

in die Mitgliederversammlung der Hy.Region.Rhein.Ruhr e.V. entsandt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 5 237/23 Beendigung der Mitgliedschaft aufgrund der Auflösung des „Fördervereins für das zdi-Netzwerk Perspektive Technik“

Die Drucksache 237/23 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 226/23 Maßnahmenplanung Inklusion

Erörterung

Für die CDU-Fraktion begrüßt Herr Hüppe, dass der Maßnahmenplan Inklusion fortgesetzt werde. Mit dem Antrag (TOP 6.1) habe man sich Gedanken um mögliche Erweiterungen gemacht. Herr Hüppe begründet den Antrag und wirbt für die Zustimmung des Kreistages.

Herr Landrat Löhr stellt zunächst den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Punkt 6.1 292/23 Ergänzungsantrag zur Drucksache 226/23: Maßnahmenplanung Inklusion; Antrag der CDU-Fraktion vom 07.12.2023

Erörterung

siehe TOP 6

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt folgende Ergänzungen zur Maßnahmenplanung „UNbedingt Inklusiv“ 2023-2025:

- Handlungsfeld Barrierefreiheit:

Ermöglichung von Sprechstunden für Gehörlose nach Anmeldung

- Handlungsfeld Bewusstseinsbildung:

Verstärkte Einbindung von Künstlern mit Behinderungen in das Kulturprogramm

- Handlungsfeld Partizipation/Teilhabe:

Erarbeitung eines inklusiven Schulkonzeptes in Zusammenarbeit mit den Trägern der Regelschulen

Evaluierung der Maßnahmen von KAoA (Kein Abschluss ohne Anschluss) und KAoA Start anhand der Ergebnisse beim Übergang von Schülern mit Förderbedarf in den ersten Arbeitsmarkt (Arbeitsplatz oder duale Ausbildung)

- Handlungsfeld Inklusiver Arbeitgeber:

Angebot von Budgets für Ausbildung gemäß § 61a SGB IX und Budgets für Arbeit gemäß § 61 SGB IX in der Kreisverwaltung Schaffung von Möglichkeiten für Berufspraktika und Berufserkundungen in der Kreisverwaltung und den Gesellschaften des Kreises für Schüler mit Förderbedarf

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Herr Landrat Löhr stellt die Drucksache mit den beschlossenen Ergänzungen zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Maßnahmenplanung „UNbedingt inklusiv“ 2023 – 2025 wird einschließlich der mit der Drucksache 292/23 beschlossenen Ergänzungen beschlossen.

2. Dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie ist jährlich über die Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 7 259/23 Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2023;
Beschluss über überplanmäßige Ausgaben im Budget 50**

Beschluss

1. Der Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2023 wird zur Kenntnis genommen.
2. Gemäß § 7 Absatz 5 der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2023 in Verbindung mit § 83 Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und § 53 Absatz 1 Kreisordnung für das Land NRW (KrO NRW) jeweils in der geltenden Fassung wird den im Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2023 prognostizierten überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 50 Arbeit und Soziales in Höhe von voraussichtlich 4.579 T€ zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 223/23/1 Projektförderung VIRTEUM gGmbH

Beschluss

Die VIRTEUM gGmbH erhält eine jährliche Projektförderung in Höhe von 5.000 € für einen festgeschriebenen Zeitraum von fünf Jahren beginnend mit dem Jahr 2024.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU, Gruppe N.N. sowie des Landrates,
13 Nein-Stimmen der Fraktionen B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Gruppe FW/Familie, sowie eines Einzelmitgliedes)

Punkt 9 242/23 Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; hier: Erste Änderung des Kinder- und Jugendförderplans 2021-2025

Erörterung

Herr Ganzke beantragt getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2. Darüber besteht Einvernehmen. Herr Landrat Löhr stellt die Ziffern 1 und 2 der Drucksache 242/23 getrennt zur Abstimmung.

Punkt 9.1 Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; hier: erste Änderung des Kinder- und Jugendförderplans 2021 - 2025; Beschluss Nr. 1

Beschluss

Der Kinder- und Jugendförderplan 2021-25 wird wie folgt geändert:

1. Für den offenen Treffpunkt „Go in“ in Bönen werden für die Geltungsdauer des laufenden Kinder- und Jugendförderplans im Stellenplan 2024 f. insgesamt 4,0 VZÄ bereitgestellt, von denen 1,0 VZÄ dem Kinder- und Jugendbüro zugeordnet sind.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9.2

Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII; hier: erste Änderung der Kinder- und Jugendförderplans 2021 - 2025; Beschluss Nr. 2

Beschlussvorschlag

Der Kinder- und Jugendförderplan 2021-25 wird wie folgt geändert:

2. Die freiwerdende Arbeitskapazität von 0,5 VZÄ wird der Fachbereichsleitung 51 für die Bildung einer Stabsfunktion „Verfahrenslotse gem. § 10b SGB VIII“ zugeordnet.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (31 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, B'90/Die Grünen im Kreistag und FDP sowie eines Einzelmitglieds,
28 Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppen N.N. und FW/Familie sowie des Landrates)

Punkt 10 263/23

Umweltzentrum Westfalen GmbH - Neufassung der Nebenabrede für das Jahr 2024

Beschluss

Der Neufassung der in der Anlage dargestellten Nebenabrede zum Gesellschaftsvertrag der Umweltzentrum Westfalen GmbH (UWZ) sowie der damit einhergehenden Erhöhung des Betriebskostenzuschusses wird zugestimmt.

Der Landrat wird beauftragt, das kommunalaufsichtliche Anzeigeverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11

Haushalt 2024 - Verabschiedung

Punkt 11.1

Haushaltsreden

Erörterung

Zum Haushalt 2024 tragen Herr Ganzke für die SPD-Fraktion, Herr Pufke für die CDU-Fraktion, Frau Heinrichsen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag, Herr Klostermann für die FDP-Fraktion, Frau Wohlgemuth für die Fraktion DIE LINKE-UWG Selm, Herr Prof. Dr. Hofnagel für die Fraktion GFL+WfU und Herr Cieszynski für die Gruppe FW/Familie vor. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen 1-7 beigelegt.

Im Anschluss an die Haushaltsreden wird die Sitzung für eine 15-minütige Pause unterbrochen.

Um 17:28 Uhr eröffnet Herr Landrat Löhr die Sitzung wieder. Er ruft die Anträge zum Stellenplan und zum Haushalt in thematischer Reihenfolge (s. Liste Anlage 8) zur Beratung und Abstimmung auf.

Punkt 11.2 210/23/1 Stellenplan für das Jahr 2024

**Punkt 11.2.1 277/23 Fortführung der Schulsozialarbeit und Fördergruppen an den Berufskollegs;
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU**

Beschluss

Der Kreistag beschließt den Verzicht auf die im Stellenplanentwurf (DS 210/23) vorgesehene Einsparung von fünf Stellen im Fachbereich 40 „Schulsozialarbeit – Projekt Fördergruppen an den Berufskollegs.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (37 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie sowie des Landrates, 20 Enthaltungen der CDU-Fraktion und eines Einzelmitglieds)

**Punkt 11.2.2 286/23 Einrichtung eines Verfahrenslotsen gemäß § 10b SGB VIII;
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag und FDP
vom 06.12.2023**

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Stelleneinrichtung von 0,5 VZÄ für die Bildung einer Stabsfunktion „Verfahrenslotse gemäß § 10b SGB VIII“, die der Fachbereichsleitung 51 zugeordnet wird.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (36 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU sowie der Gruppe FW/Familie, 21 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, des Landrates und eines Einzelmitglieds)

Punkt 11.3 209/23/1 Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

**Punkt 11.3.1 288/23 Kreisrundfahrten;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag vom 06.12.2023**

Beschlussvorschlag

Kreisrundfahrten (Produktbereich 01.03.01, Sitzungsdienst und Kreisverfassung) werden nicht weiter kostenfrei angeboten und dafür bereit gestelltes Budget in Höhe von 30.000 € eingespart.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (41 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD und CDU, der Gruppe FW/Familie, eines Einzelmitglieds sowie des Landrates, 16 Ja-Stimmen der Fraktionen B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke – UWG Selm und GFL+WfU)

Punkt 11.3.2 287/23 Projektfinanzierung "VIRTEUM"; Antrag der FDP-Fraktion vom 04.12.2023

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt, die Projektfinanzierung „VIRTEUM“ Selm aus dem Haushalt 2024 ff zu streichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (49 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag (2), FDP (1), Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie sowie des Landrates,
8 Ja-Stimmen der Fraktionen B'90/Die Grünen im Kreistag (6) und FDP (2))

**Punkt 11.3.3 281/23 Einmalige Zuwendung an den Förderverein Freibad Dellwig e.V. anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Freibades Dellwig;
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.12.2023**

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt, anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Freibades Dellwig eine einmalige Zuwendung in Höhe von bis zu 10.000€ zugunsten des Fördervereins Freibad Dellwig e.V. zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in den Haushalt 2024 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (48 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen (5), Die Linke-UWG Selm, eines Einzelmitglieds sowie des Landrates,
8 Nein-Stimmen der Fraktionen B'90 Die Grünen im Kreistag (2), FDP, GFL+WfU sowie der Gruppe FW/Familie,
1 Enthaltung der Fraktion B'90/Die Grünen im Kreistag)

**Punkt 11.3.4 293/23 Unterstützung der Jugendfeuerwehr im Kreis Unna;
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.12.2023**

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt die jährliche Unterstützung für die Jugendfeuerwehr im Kreis Unna in Höhe von 5.000 Euro.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (53 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag (5), FDP, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU, eines Einzelmitglieds sowie des Landrates,
3 Nein-Stimmen der Fraktion B'90/Die Grünen im Kreistag (2) und der Gruppe FW/Familie,
1 Enthaltung der Fraktion B'90/Die Grünen im Kreistag)

**Punkt 11.3.5 279/23 Finanzielle Unterstützung der Förderschulen des Kreises Unna;
Antrag der Fraktion Die Linke - UWG-Selm vom 30.11.2023**

Erörterung

Für die Fraktion GFL+WfU erklärt Herr Prof. Dr. Hofnagel, nach seinen Informationen seien die Mittel für die vorgesehene Finanzierung bereits vorhanden; daher werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Wohlgemuth erklärt, aus ihrer langjährigen Erfahrung als Lehrerin an verschiedenen Schulen könne sie berichten, dass grundsätzlich Mittel für Verbrauchsmaterial oder besondere pädagogische Angebote fehlten. Sie hätte seinerzeit entsprechende Zuschüsse begrüßt.

Nach weiterem kurzem Austausch stellt Herr Landrat Löhr den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt einen Zuschuss in Höhe von 12.800,00€ für die etwa 1.280 Schüler*innen (10,00 € pro Schüler*in) an den kreiseigenen Förderschulen. Der Betrag soll den Klassen direkt zugewiesen werden und kann von den Klassenlehrkräften entweder für Verbrauchsmaterial oder als Möglichkeit für besondere pädagogische Angebote für die Klasse frei verwendet werden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (47 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag (3), FDP (2), GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie sowie des Landrates, 10 Ja-Stimmen der Fraktionen B'90/Die Grünen im Kreistag (5), FDP (1), Die Linke – UWG Selm und eines Einzelmitglieds)

Im Anschluss an die Abstimmung sichert Herr Landrat Löhr zu, Kontakt zu den Förderschulen aufzunehmen und sich gegebenenfalls um eine anderweitige Finanzierung zu kümmern.

**Punkt 11.3.6 276/23 Mittelübertragung für die öffentliche Kinder- und Jugendarbeit der Ev. Kirchengemeinde Bönen;
Antrag des Jugendhilfeausschusses des Kreistages des Kreises Unna vom 08.11.2023**

Erörterung

Herr Jan-Eike Kersting, stellvertretender Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses erklärt, der Antrag des Ausschusses sei mit einem Prüfauftrag bezüglich der Zulässigkeit der geplanten Maßnahmen verknüpft gewesen. Da die geplante Umwandlung der Stellenanteile in eine geldwerte Pauschale haushaltsrechtlich nicht zulässig sei, werde der Antrag zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich damit.

**Punkt 11.3.6.1 291/23 Änderungsantrag zur Drucksache 276/23;
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Kreistag
vom 06.12.2023**

Beschluss

1. Der Ev. Kirchengemeinde Bönen wird als Förderung für ein Angebot der offenen Tür in Bönen-Nordböge ein jährlicher Zuschuss in Höhe 34.600 Euro für Personalaufwendungen jeweils für die Jahre 2024 und 2025 ausbezahlt.
2. Zur Deckung wird das im Kinder- und Jugendförderplan 2021-2025 (DS 111/209) für den Treffpunkt GO IN beschlossene zusätzliche 0,5 VZÄ, das zurzeit vakant ist, im Stellenplan gestrichen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (36 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU sowie eines Einzelmitglieds,
20 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion und der Gruppe FW/Familie,
1 Enthaltung des Landrates)

**Punkt 11.3.7 284/23 Erstellung einer Vorschlagsliste mit weiteren Haushalts-
Einsparvorschlägen;
Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 05.12.2023**

Erörterung

Herr Klostermann bittet um eine Einschätzung des mit der Liste verbundenen Arbeitsaufwandes.

Herr Kreisdirektor Janke erklärt dazu, dies sei abhängig vom Umfang der Aufstellung. Was versucht werde, mit den Bürgermeister*innen und Kämmer*innen zu bewegen, sei vom Umfang her leistbar, und man werde die größeren Maßnahmen dokumentieren und darüber berichten. Wenn jedoch eine komplette Haushaltskonsolidierung mit unzähligen Einzelpositionen gefordert sei, sei das mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten. In diesem Fall müsse man sich anders aufstellen.

Herr Prof. Dr. Hofnagel stellt klar, dass mit dem Antrag die erste Variante gemeint sei.

Beschluss

Die Kreisverwaltung möge darlegen, inwieweit weitere Einsparungen im Kreishaushalt unter gewissen Planungsgrundsätzen möglich sind und möge hierzu ggf. eine weitere Liste mit möglichen vertretbaren Einsparvorschlägen vorlegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (29 Ja-Stimmen der Fraktionen CDU, FDP, Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie und eines Einzelmitglieds,
28 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD und B'90/die Grünen im Kreistag sowie des Landrates)

**Punkt 11.3.8 290/23 Entlastung der Kommunen bei der Kreisumlage und Abfinanzierung der isolierten Coronakosten;
Antrag der Fraktion Die Linke - UWG-Selm vom 06.12.2023**

Erörterung

Herr Prof. Dr. Hofnagel und Herr Dr. Seier stellen klar, dass nur über den ersten Satz des Antrags abgestimmt werden solle. Der zweite Satz sei als Begründung zu verstehen.

Beschlussvorschlag

Die Summe aus den Ausgleichsrücklagen, die in den Haushalt 2024 einfließen soll, wird um 8,19 Mio. erhöht.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, der Gruppe FW Familie sowie des Landrates, 6 Ja-Stimmen der Fraktionen Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU sowie eines Einzelmitglieds)

**Punkt 11.3.9 285/23 Unterfinanzierung durch Land und Bund, neue NRW-Bilanzierungsregeln und Finanzbeben im Bund;
Anfragen der Fraktion GFL+WfU vom 05.12.2023**

Erörterung

Herr Kreisdirektor Janke führt zu den Fragen der Fraktion GFL+WfU Folgendes aus:

Zu Frage 1

Da die Haushaltsberatungen des Bundes noch nicht abgeschlossen seien, könne derzeit noch nicht abgesehen werden, welche Auswirkungen sich auf die kommunalen Haushalte ergeben würden. Eine Reaktion der Landesregierung auf das Urteil – mit der Frage, welche Sondervermögen ggf. betroffen sind – gebe es bisher ebenfalls nicht.

Man könne davon ausgehen, dass sich die finanzielle Situation der kommunalen Ebene durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht verbessern, sondern eher verschlechtern werde.

Zu Frage 2

Die Bilanzierungshilfe für die durch die Corona-Pandemie und den Ukrainekrieg bedingten finanziellen Belastungen sei gesetzlich normiert worden und daher von den Kommunen anzuwenden. Es gebe keinen grundgesetzlich verankerten Anspruch, dass die kommunalen Haushalte den hergebrachten Grundsätzen ordnungsmäßiger doppischer Buchführung entsprechen müssten. Dies liegt im gesetzlichen Gestaltungsspielraum der Länder.

Soweit das Gesetzgebungsverfahren nicht fehlerhaft erfolgt sei, werde eine gerichtliche Überprüfung wenig Aussicht auf Erfolg haben. Es sei auch nicht sicher, ob die Kreisverwaltung durch die geltenden Regelungen überhaupt beschwert und damit klagebefugt sei.

Zu Frage 3

Es sei richtig, dass die im CUIG-NRW getroffenen Regelungen prinzipiell nicht dem Gedanken einer generationengerechten Haushaltswirtschaft entsprächen. Der Landesgesetzgeber habe aber die besondere Situation

der Corona-Pandemie und in der Folge die der Ukraine Krise zur Grundlage genommen, in diesem Punkt, von dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit abzuweichen.

Im Anschluss an die Beratung der Anträge stellt Herr Landrat Löhr zunächst den Stellenplan zur Abstimmung.

Punkt 11.2 210/23/1 Stellenplan für das Jahr 2024

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 wird als Anlage zum Haushaltsplan mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen	(54 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag (7), FDP, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU sowie des Landrates, 1 Nein-Stimme Gruppe FW/Familie, 2 Enthaltungen Fraktion B'90/Die Grünen im Kreistag (1), Einzelmitglied)
--------------------------	--

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass die in der Sitzung beschlossenen Anträge zu einer Veränderung von rund 15.000 Euro führten und damit keine Auswirkungen auf den ermittelten Hebesatz der Kreisumlage hätten. Er lässt über die Haushaltssatzung abstimmen.

Punkt 11.3 209/23/1 Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024; Änderungen des Entwurfes und Beschlussfassung über die Einwendungen der Städte und Gemeinden

Beschluss

Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2024 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen	(51 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag (6), FDP, Die Linke-UWG Selm sowie des Landrates, 4 Nein-Stimmen der Fraktion GFL+WfU, Gruppe FW/Familie und eines Einzelmitglieds, 2 Enthaltungen der Fraktion B'90/Die Grünen im Kreistag)
--------------------------	--

Im Anschluss an die Abstimmung bedankt sich Herr Landrat Löhr für die große Zustimmung. Er habe die Aussagen in den Haushaltsreden wahrgenommen. 2024 kämen spannende Zeiten auf den Kreis Unna zu, und man müsse abwarten, was Bund und Land noch an Mittel auf die Kommunen und Kreise bereithalte. Zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit sei ihm wichtig, dass der Kreis und die Kommunen, also alle 11, aufgefordert seien, dies miteinander umzusetzen. Dies habe er gemeinsam mit dem Kreisdirektor sehr deutlich in Richtung der Kommunen kommuniziert. Ein Austausch über die möglichen Formen der Zusammenarbeit werde im ersten Quartal 2024 erfolgen. Er werde die Kreispolitik über die Ergebnisse eng informiert halten. Man werde sehen, ob sich erste Effekte schon für die kommenden Haushalte erzielen ließen.

Punkt 12 264/23 Überörtliche Prüfung des Kreises Unna im Jahr 2022/2023 durch die gpa NRW

Beschluss

Die der Drucksache 264/23 als Anlage beigefügten und im Rechnungsprüfungsausschuss beratenen Stellungnahmen zum Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt NRW werden beschlossen.

Der Landrat wird beauftragt, diese Stellungnahmen gegenüber der Gemeindeprüfungsanstalt NRW und der Bezirksregierung Arnsberg abzugeben.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, die in der Drucksache beschriebenen Veränderung des Vergabeverfahrens umzusetzen und hierfür eine Änderung der Hauptsatzung auf den Weg zu bringen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 13 241/23 Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2022

Beschluss

Der Kreistag beschließt den Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 14 213/23 Bedarfsplan für den Rettungsdienst; Beschluss der 5. Fortschreibung

Beschluss

Die der Drucksache 213/23 als Anlage beigefügte 5. Fortschreibung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst wird – vorbehaltlich des Einvernehmens mit den kreisangehörigen Kommunen, die Träger von Rettungswachen sind, - beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 15 274/23 Erlass einer Satzung des Kreises Unna über die Erhebung von Gebühren für Leistungen des Rettungsdienstes und der Kreisleitstelle

Beschluss

Die der Drucksache 274/23 als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen des Rettungsdienstes und des Krankentransports wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 16 235/23 Errichtung des zweijährigen Bildungsganges „Staatlich geprüfte Sozialassistentin / Staatlich geprüfter Sozialassistent, Schwerpunkt Erziehung, Bildung und Betreuung für Grundschulkinder“ am Märkischen Berufskolleg in Unna und am Lippe Berufskolleg in Lünen zum Schuljahr 2024 / 2025

Beschluss

Zum Schuljahr 2024 / 2025 wird der zweijährige Bildungsgang „Staatlich geprüfte Sozialassistentin / Staatlich geprüfter Sozialassistent, Schwerpunkt Erziehung, Bildung und Betreuung für Grundschulkinder“ gemäß Anlage B 3 der APO-BK am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna und am Lippe Berufskolleg des Kreises Unna in Lünen jeweils mit bis zu maximal zwei Zügen errichtet.

Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 17 265/23 Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2023

Beschluss

1. Der der Drucksache 265/23 als Anlage beigefügte verbindliche Pflegebedarfsplan 2023 nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna mit Sozialplanung und Vernetzung verantwortlicher Personen aus den relevanten Bereichen von Wohnen bis Pflege fortzuführen, um die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur gleichermaßen von präventiv und ambulant zu teilstationär und vollstationär zu stärken.
3. Auf Grund des spürbaren Personalmangels in der Altenpflege und eines absehbar drohenden chronischen Personalnotstandes und der damit verbundenen Gefährdung der Versorgungsqualität insgesamt – auch im ambulanten Bereich – wird empfohlen, dass sich der Kreis Unna an einem breiten kreisweiten Bündnis für Pflegepersonal in der Altenpflege weiter aktiv beteiligt.
4. Es besteht bis 2026 (Zieljahr für die Pflegebedarfsplanung 2023 nach APG-NRW) Bedarf an 67 neuen Pflegeheimplätzen i.S. SGB XI. Diese zusätzlichen Pflegeheimplätze sind nach § 27 Abs.1 der Änderungsverordnung zur Durchführungs-VO zum Alten- und Pflegegesetz NRW öffentlich auszuschreiben. Der Bedarf an kreisweit 281 zusätzlichen Tagespflegeplätzen ist ebenfalls öffentlich auszuschreiben im Sinne der o.a. Landesverordnung. Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen zur Realisierung des Bedarfes auch durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten hinzuwirken. Zur Verteilung auf die kreisangehörigen Kommunen s. entsprechende Tabellen.
5. Für die Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften wird eine Versorgungsquote von mindestens 2%-Plätzen bezogen auf die 80jährige u. ä. Bevölkerung mit einem notwendigen Zuwachs von 161 Plätzen kreisweit empfohlen (vergleiche Tabelle). Es besteht außerdem weiterhin Bedarf an zusätzlichen Service-Wohnungen für Seniorinnen und Senioren – eine Versorgungsquote von mindestens 4% bezogen auf die 65jährige und ältere Bevölkerung und ein Zuwachs von mindestens 1.829 Service-Wohnungen wird emp-

fohlen (vergleiche Tabelle). Der Landrat wird beauftragt, eng mit den kreisangehörigen Kommunen auch zur Realisierung dieses Bedarfes, z.B. durch planerische Sondierung und Schaffung geeigneter Baugrundstücke und Umbaumöglichkeiten, hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Frau Bartmann-Scherding, Herr Rieke)

Punkt 18 260/23/1 Richtlinien des Kreises Unna zu der Anerkennung angemessener Bedarfe für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II, §§ 35, 35a SGB XII; Festsetzung neuer Angemessenheitsrichtwerte

Beschluss

1. Für die laufenden Bedarfe der Unterkunft in den Rechtskreisen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) gelten mit Wirkung zum 01.01.2024 die im Rahmen des Konzeptes zur Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft (Stand Oktober 2023) ermittelten Richtwerte für die Angemessenheit von Kosten laut Tabelle 1 der Anlage 3a der Drucksache 260/23/1.
2. Der Landrat wird beauftragt, die „Richtlinie zu der Angemessenheit angemessener Bedarfe für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II und §§ 35, 35a SGB XII“ entsprechend zu ändern und dem aktuellen Stand der Gesetzgebung sowie Rechtsprechung anzupassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung Einzelmitglied; abwesend: Frau Bartmann-Scherding, Herr Rieke)

Punkt 19 205/23 Anpassung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege und Änderung der Anlage 1 (Elternbeitragstabelle) zur Satzung

Erörterung

Frau Heinrichsen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag, Herr Dr. Seier für die Fraktion DIE LINKE/UWG-Selm und Herr Cieszynski (FW/Familie) erklären und begründen kurz, warum sie den Beschluss nicht mittragen.

Beschluss

Die Anpassung der Satzung und die Änderung der Beitragstabelle (Anlage 1 der Drucksache 205/23) der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen

(40 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP sowie des Landrates, 13 Nein-Stimmen der Fraktionen B'90/Die Grünen im Kreistag und Die Linke-UWG Selm, der Gruppe FW/FAMILIE und eines Einzelmitglieds, 2 Enthaltungen der Fraktion GFL+WfU);
abwesend: Frau Bartmann-Scherding, Herr Rieke

Punkt 20 200/23/1 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Städten Schwerte und Unna über die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle

Beschluss

Der als Anlage 2 zur Drucksache 200/23/1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Städten Schwerte und Unna über die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle einschließlich des Organisationskonzeptes (Anlage 4 zur Drucksache 200/23/1) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 21 278/23 Standards beim Klimaschutz prüfen;
Tagesordnungspunktverlangen der Fraktionen CDU und FDP vom
28.11.2023**

Erörterung

siehe Punkt 21.1

Punkt 21.1 283/23 Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 28.11.2023

Erörterung

Herr Pufke verweist zur Begründung des Antrags auf seine Haushaltsrede und die des Herrn Klostermann.

Herr Kühnappel erklärt, man habe das Klimaschutzkonzept in einem langen Prozess mit intensiven Diskussionen erarbeitet. Aus seiner Sicht sei es nicht zielführend, jetzt schon wieder Abstriche zu fordern. Mit dem Klimaschutzkonzept wolle man niemanden ärgern, sondern die Erderwärmung stoppen. Dafür seien bestimmte Maßnahmen erforderlich. Man habe als Kreis eine Vorbildfunktion für die Städte und Gemeinden. Er halte gegebenenfalls eine Entscheidung im Einzelfall über mögliche Einsparungen für angezeigt, statt die Standards grundsätzlich zu senken.

Herr Dr. Seier erklärt, er halte es für vermessen, einen Antrag zu stellen, der den Klimaschutz in Frage stelle. Man müsse endlich begreifen, dass Klimaschutz nachhaltig sei. Es sei wichtig, dass bilanztechnisch letztlich jedes Gebäude energieautark sei.

Herr Klostermann stellt klar, dass es sich bei dem Antrag um einen Prüfauftrag handle mit der Frage, ob es bei Gegenüberstellung von Ökologie und Ökonomie vertretbar sei, bei Bauvorhaben gegebenenfalls einen anderen Standard zu wählen. Damit wolle man sich ausdrücklich nicht vom Klimaschutz verabschieden.

Der Vorschlag von Herrn Dahlke, den Antrag im Fachausschuss zu diskutieren, findet keine Zustimmung.

Herr Ganzke weist darauf hin, dass es um einen Prüfauftrag gehe.

Beschluss

Die Kreisverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und im Sinne der Nachhaltigkeit bei künftigen Bauvorhaben des Kreises Unna von vornherein grundsätzlich der Gebäudeenergieeffizienzstandard EG 55 anzulegen ist.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (45 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie sowie des Landrates,
10 Nein-Stimmen der Fraktionen B'90/Die Grünen im Kreistag und Die Linke-UWG Selm (1) sowie eines Einzelmitglieds,
ohne Herrn Dahlke)

Frau Wohlgemuth weist darauf hin, dass die Fraktion DIE Linke/UWG-Selm den Antrag habe ablehnen wollen und nur versehentlich mit „Ja“ gestimmt habe. Angesichts der klaren Mehrheit verzichte sie auf eine Wiederholung der Abstimmung.

Punkt 22 238/23 Erhöhung der Investitionssumme für die energetische Sanierung und den Anbau der Karl-Brauckmann-Schule in Holzwickede

Erörterung

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Pufke, man habe der Drucksache wegen der maßgeblichen Kostensteigerung nur vorbehaltlich einer Prüfung möglicher Einsparungen zustimmen wollen und habe daher den Änderungsantrag gestellt. Die Verwaltung habe diese Prüfung inzwischen vorgenommen und festgestellt, dass die bestehende Förderkulisse im Folgejahr wahrscheinlich nicht mehr bestehen werde.

Herr Dezernent Kersting erklärt, man habe grundsätzlich bei Bauvorhaben die Wirtschaftlichkeit in ökonomischer und ökologischer Hinsicht geprüft. Bei der Karl-Brauckmann-Schule würde die jetzt beantragte Prüfung zu aktuell nicht kalkulierbaren Umplanungskosten führen. Zudem würde diese Prüfung Zeit kosten, die man nicht habe. Über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz habe man bereits 2,7 Mio. Euro erhalten, die bis Ende 2025 verausgabt sein müssten. Daher könne er eine erneute Prüfung nicht empfehlen, sondern er empfehle die Ausführung mit dem KfW 40-Standard, wie geplant.

Herr Pufke erklärt, er ziehe in Absprache mit der FDP-Fraktion den unter TOP 22.1 gestellten Antrag zurück.

Beschluss

Die Investitionssumme für die energetische Sanierung und den Anbau der Karl-Brauckmann-Schule in Holzwickede wird auf Basis der aktuellen Kostenschätzung auf 25,1 Millionen Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (51 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm, der Gruppe FW/Familie sowie des Landrates
1 Nein-Stimme der Fraktion GFL+WfU,
2 Enthaltungen der CDU-Fraktion und eines Einzelmitglieds
abwesend: Frau Thomae)

Punkt 22.1 280/23 Änderungsantrag zu der Drucksache 238/23 der Fraktionen CDU und FDP im Kreistag vom 01.12.2023

Erörterung
siehe TOP 22

Punkt 23 239/23 Umsetzung notwendiger baulicher Maßnahmen an der Sonnenschule in Kamen

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, das mit der Drucksache 239/23 vorgestellte Konzept über notwendige bauliche Maßnahmen an der Sonnenschule in Kamen weiterzuverfolgen, indem der Neubau einer Turnhalle mit einer Bruttogrundfläche von ca. 1000 m² mit einem groben Kostenrahmen von derzeit ca. 3,5 Millionen Euro baulich realisiert wird.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, die mit der Drucksache 239/23 erläuterte Nutzungsänderung der vorhandenen abgängigen Turnhalle zu einem Haus für den Offenen Ganztagsbetrieb weiterzuverfolgen und die entsprechenden baulichen Maßnahmen mit einem groben Kostenrahmen von derzeit ca. 2,5 Millionen Euro umzusetzen.

Für die Realisierung dieser Nutzungsänderung sind die dem Kreis Unna nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Förderrichtlinie Ganztagsausbau), Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 12.10.2023, zur Verfügung stehenden Fördermittel im Umfang von maximal 735.111,- Euro bei einer Förderung von maximal 85 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben zu nutzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Dörner)

Punkt 24 228/23 Regionales Aktionsprogramm zur Verbesserung des interkommunalen ÖPNV in der Metropole Ruhr - Mobilitätsimpuls.RUHR 2023

Beschluss

Der Endbericht zum Mobilitätsimpuls.RUHR 2023 wird als regionales Aktionsprogramm beschlossen und der Landrat beauftragt, ihn - soweit der Kreis Unna als Aufgabenträger betroffen ist - im derzeit in Aufstellung befindlichen Nahverkehrsplan zu berücksichtigen.

Die Umsetzung der im regionalen Aktionsprogramm beschriebenen, den Kreis Unna betreffenden Verbindungen, steht unter dem Vorbehalt einer Finanzierungszusage des Landes Nordrhein-Westfalen und der etwaig notwendigen Bereitstellung von Eigenanteilen, über die ggf. in einem gesonderten Beschluss zu entscheiden ist.

Die Verwirklichung jedes einzelnen konkreten Projektes kann nur erfolgen, wenn alle von der jeweiligen konkreten Verbindung/Maßnahme betroffenen Aufgabenträger das regionale Aktionsprogramm und alle weiteren erforderlichen Schritte beschließen.

Nachdem mit dem Mobilitätsimpuls.RUHR 2023 nun erstmals eine gemeinsame Initiative zur synchronisierten Überarbeitung der Nahverkehrspläne umgesetzt werden kann, wird der Landrat darüber hinaus im Rahmen des Mobilitätsimpuls.RUHR 2027 beauftragt

- an der Erarbeitung von raumdifferenzierten Standards und Qualitäten für die kommunalen Nahverkehrspläne in der Metropole Ruhr mitzuwirken,
- darauf aufbauend die Fortschreibung bzw. die Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes des Kreises Unna zum 1. Januar 2028 mit den übrigen teilnehmenden Aufgabenträgern vorzubereiten sowie
- die Erarbeitung von kommunalen Stellungnahmen zu den öffentlichen Personennahverkehr betreffenden Plänen und Programmen, wie bspw. dem SPNV-Nahverkehrsplan der Verkehrsverbünde, zukünftig in dem AK Nahverkehrsplanung.RUHR beim Regionalverband Ruhr zu koordinieren und inhaltlich zu harmonisieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Dörner)

Punkt 25 268/23 Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif

Beschluss

1. Die beigefügte Allgemeine Vorschrift zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2024 aus Bundes- und Landesmitteln an die im Kreis Unna tätigen Verkehrsunternehmen wird zunächst mit einer Geltung bis zum 30.04.2024 beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, die WestfalenTarif GmbH über den Beschluss nach Ziff. 1 zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (abwesend: Herr Dörner)

Punkt 26 166/23/1 Satzungsbeschluss zur Änderung des Landschaftsplans Nr. 2 - Raum Werne-Bergkamen

Erörterung

Herr Pufke erklärt, der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass die Erlebbarkeit des Romberger Waldes für die Bevölkerung erhalten bleibe, dass also auch Wanderwege erhalten blieben. Zudem solle durch den Satzungsbeschluss der Ausbau der A1 nicht negativ tangiert werden. Beides habe die Verwaltung zugesagt, daher werde man der Drucksache zustimmen.

Beschluss

1. Der Kreistag nimmt die während der eingeschränkten Beteiligung gem. § 20 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 1 ÄndG vom 1.2.2022 (GV. NRW. S. 139), im Folgenden als LNatSchG NRW bezeichnet, vorgebrachten Anregungen und Bedenken und Hinweise zu den Änderungsentwurf des Landschaftsplans Nr. 2 – Raum Werne-Bergkamen zur Kenntnis und beschließt die Prüfungsergebnisse, die in der Anlage 1 als „Stellungnahme der Verwaltung“ zum Ausdruck kommen. Gleiches gilt für die im Nachgang eingegangenen

Stellungnahmen des Landesbetriebs Wald und Holz – Regionalforstamt Ruhrgebiet zur Herstellung des Einvernehmens sowie die der Biologischen Station im Kreis Unna I Dortmund (Anlage 2).

2. Auf Grundlage des vorstehenden Beschlusses zu Punkt 1. beschließt der Kreistag aufgrund des § 7 Absatz 3 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 1 ÄndG vom 1.2.2022 (GV. NRW. S. 139) und der §§ 5 und 26 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 647) die 11. Änderung des Landschaftsplans Nr. 2 Raum „Werne-Bergkamen“, bestehend aus Karten- und Textteil sowie Erläuterungen (Anlage 3) als Satzung.
3. Der Landrat wird beauftragt, die Änderung des Landschaftsplans Nr. 2 – Werne-Bergkamen gemäß der §§ 18 und 19 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000, zu-letzt geändert durch Artikel 1 ÄndG vom 1.2.2022 (GV. NRW. S. 139) nach Anzeige des Landschaftsplans bei der höheren Naturschutzbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) im Amtsblatt des Kreises Unna öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (53 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU, der Gruppe FW/Familie, eines Einzelmitglieds sowie des Landrates,
1 Nein-Stimme der Fraktion B'90/Die Grünen im Kreistag;
abwesend: Herr Dr. Seier)

Punkt 27 236/23 Vierundzwanzigste Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 - Festlegung der Abfallgebührensätze des Jahres 2024

Beschluss

Die der Drucksache 236/23 als Anlage 1 angefügte 24. Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (24. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (54 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, B'90/Die Grünen im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm und GFL+WfU sowie der Gruppe FW/Familie sowie des Landrates,
1 Nein-Stimme eines Einzelmitglieds)

Punkt 28 261/23 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzepts

Beschluss

1. Das Abfallwirtschaftskonzept 2023 wird beschlossen.
2. Der Landrat wird beauftragt, das Abfallwirtschaftskonzept 2023 der Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (1 Enthaltung eines Einzelmitglieds)

Punkt 29

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 29.1

Dank an das Märkische Berufskolleg

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass das Märkische Berufskolleg, wie auch schon in den letzten Jahren, den Imbiss für die Sitzung vorbereitet hat und bedankt sich im Namen des Kreistages ausdrücklich dafür. Man werde seitens der Verwaltung die Fraktionen um einen Obulus für die Schule bitten und diesen an die Schule weitergeben.

Zudem danke er auch der CDU-Fraktion für die Verteilung der Schokoladen-Nikoläuse.

Punkt 29.2

Benennung für die Jury Demokratiepreis

Herr Landrat Löhr teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag im Nachgang zur gestrigen Kreistagssitzung Frau Reschke für die Jury des Demokratiepreises benannt habe.

Herr Landrat Löhr verabschiedet sich von den Zuhörer*innen und den Zuschauer*innen an den Bildschirmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Anlagen

1.-7. Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppen

8. Liste der Haushaltsanträge

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

gez. Mario Löhr
Vorsitzender